

# UNSER Oberschlesien



Nr. 1 (1247) 14. Januar 2003

Unabhängige deutsche Heimatzeitung

51. Jahrgang

2,60-€ 3 zt

## Themen dieser Ausgabe

Es gab Hunderte Lamsdorfs..S. 3  
 Ortschilderstreit in Kärnten...S. 5  
 Deutsche in Tschechien.....S. 5  
 Die Hölle von Leschnitz.....S. 6  
 Pfarrer Wolfgang Globisch  
 wird 70.....S. 8  
 Hindenburger Treffen in der  
 Patenstadt Essen..... S.13  
 Skatturnier in Lubowitz..... S.18

## BESTECHUNGSVORWÜRFE GEGEN LINKSALLIANZ

In Polen droht ein Bestechungsskandal das regierende Linksbündnis ernsthaft in Gefahr zu bringen. Laut Aussagen von Adam Michnik, dem Gründer der angesehenen Zeitung „Gazeta Wyborcza“, hat Ministerpräsident Miller durch einen Mittelsmann angeboten, gegen Zahlung eines Millionenbetrages das geplante Mediengesetz im Sinne Michniks abzuändern.

Adam Michnik, einst prominentes Mitglied der Untergrundgewerkschaft „Solidarität“ und heute einer der erfolgreichsten Zeitungsmacher Polens behauptet, er sei im vergangenen Juli vom bekannten Filmemacher Lew Rywin, der beispielsweise bei der Produktion von „Schindlers Liste“ mitgewirkt hatte, aufgesucht worden. Rywin habe angegeben, im Auftrag von Ministerpräsident Leszek Miller zu handeln und ihm, Michnik, angeboten, gegen die Bezahlung von 16,7 Millionen Euro ein im Parlament diskutiertes Mediengesetz im Sinne des Verlagshauses Agora, dem die „Gazeta Wyborcza“ gehört, ändern zu lassen. Passagen dieser Unterredung, die Michnik auf Tonband mitgezeichnet hatte, wurden in diesen Tagen in der „Gazeta Wyborcza“ veröffentlicht. Seitdem beherrscht das Thema die polnische Öffentlichkeit.

Agora hatte sich in der Vergangenheit deutlich gegen Bestimmungen des geplanten Mediengesetzes ausgesprochen, wonach es den privaten Medienkonzernen verboten werden sollte, neben Zeitungen auch nationale Fernsehgesellschaften zu besitzen. Darin sah man nicht nur eine Benachteiligung gegenüber den staatlichen Konzernen, sondern auch gegenüber ausländischen Medienriesen, denen nach dem EU-Beitritt Polens der Zugang zum polnischen Markt nicht mehr verwehrt werden kann. So hat Agora Ambitionen zu

den bereits zum Konzern gehörenden Zeitungen auch den kommerziellen Fernsehkanal Pol-sat zu erwerben. Die derzeitige Entwurf des Mediengesetzes würde dies unmöglich machen. Laut Michnik bot Rywin an, das Mediengesetz könne im Sinne von Agora geändert werden, wenn der von ihm genannte Betrag überwiesen werde und die „Gazeta Wyborcza“ ihre ständige Kritik an der regierenden Demokratischen Linksallianz des ehemaligen Kommunisten abschwäche.

Michnik hat die brisanten Tonbandaufzeichnungen inzwischen der Staatsanwaltschaft übergeben und erklärt, er habe mit der Veröffentlichung des Skandals bis jetzt gewartet, um die EU-Beitrittsverhandlungen Polens nicht zu gefährden. Die „Gazeta Wyborcza“ hat sich unter der Führung Michniks stets energisch für einen EU-Beitritt Polens eingesetzt. Die Staatsanwaltschaft hat Michnik zur Affäre bereits befragt und der polnische Präsident Kwasniewski hat auch Miller aufgefordert, auszusagen. Miller weist alle Anschuldigungen als „grotesk“ zurück. Ein Regierungssprecher erklärte, Miller habe Rywin letztmalig Mitte Juni vergangenen Jahres gesehen. Weiter wird aus Regierungskreisen lanciert, Rywin stecke mit seiner Firma in argen Finanznöten und sei offensichtlich durchgedreht.

Ein Schatten fällt jedoch auf Miller, weil er untätig blieb, obwohl ihn Michnik bereits im vergangenen Juli umgehend von diesem gravierenden Vorgang unterrichtete. Medienstimmen fragen nun, warum Miller nicht umgehend selbst die Staatsanwaltschaft eingeschaltet habe. Die Öffentlichkeit blickt nun mit Spannung auf das weitere Vorgehen der Justizbehörden. Sejmarschall Marek Borowski hat die Arbeit am neuen Mediengesetz erst einmal für einen Monat ausgesetzt. (UO)

## WIE GEHT ES WEITER? PODIUMSGESPRÄCH IN LUBOWITZ

Über 300.000 Unterschriften sammelte Johann Kroll im Sommer 1989 noch vor dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums in Oberschlesien von Landsleuten, die sich zur deutschen Volksgruppe bekannten. Knapp 300.000 Mitglieder zählten die Deutschen Freundschaftskreise landesweit zu Beginn der 90er Jahre. Und heute?

Immer noch zeigen viele einen ermutigenden Einsatz, an manchen Orten noch Männer und Frauen, die schon vor 1989 Leuchttürme der Hoffnung waren. Sie haben in den vergangenen Jahren traurig zusehen müssen, wie die Abwanderung in den keinesfalls mehr so goldenen Westen, Vereinsquerelen und Streitigkeiten ihre Reihen gelichtet haben.

Doch dies ist nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite stehen zahlreiche deutsche Kultur- und Kindervolkstanzgruppen, die Vielzahl deutscher Chöre, die aufstrebende Existenz dieser deutschen Heimatzeitung im heutigen Oberschlesien, die Vielzahl deutscher Kommunalpolitiker, die Schaffung eines Netzes zweisprachiger Bibliotheken durch Pfarrer Globisch, die erstaunlich vielseitigen und umtriebigen Aktivitäten des Deutsch-Polnischen Hauses in Gleiwitz, die Rückkehr Eichendorffs nach Lubowitz und Neisse und die in vielen Orten immer noch lebendigen Gruppen des Deutschen Freundschaftskreises.

Wie geht es weiter? Das Eichendorff-Zentrum in Lubowitz und der Senfkorn-Verlag laden ein zu einem öffentlichen Gesprächsabend: „Perspektiven der deutschen Volksgruppe in Oberschlesien“ am Mittwoch, den 29. Januar, um 18.00 Uhr ins Eichendorff-Zentrum in Lubowitz mit Thaddäus Schäpe, Direktor des Hauses für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, Dr. Josef Gonschior und einem Vertreter der Deutsch-Sozial-Kulturellen Gesellschaft im Opperlner Schlesien. Moderation: Till Scholtz-Knobloch. Jedermann ist herzlich willkommen!

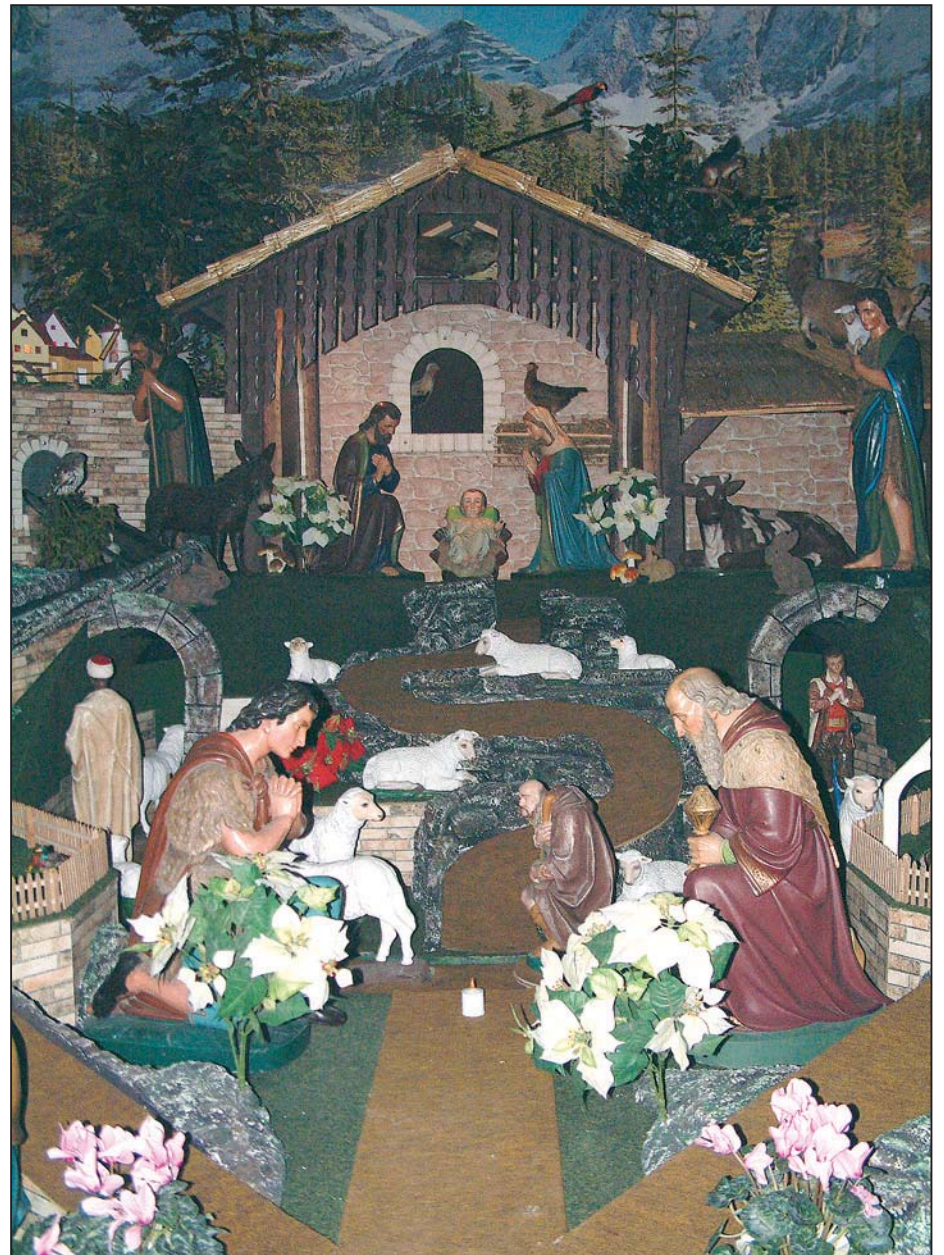
### Unser Oberschlesien

#### Deutschland:

Brüderstraße 13, 02826 Görlitz  
Tel. (03581) 410956, Fax 402231

#### Oberschlesien:

ul. Klasztorna 4, 47-154 Góra Sw. Anny  
Tel. und Fax. (077) 4615993  
senfkorn@proximedia.de  
www.oberschlesien.de



Die Weihnachtskrippe in Wysoka /Annatal erfreut mit ihren beweglichen Figuren Besucher von nah und fern.  
Foto: Andrzej Walko

## Polnische Regierung blockiert Vergangenheitsbewältigung

### Postkommunisten drehen unbequemem Institut den Geldhahn zu

Das Warschauer „Institut für das nationale Gedenken“ (IPN) hat in den vergangenen Jahren ähnlich wie die deutsche Gauck-Behörde Aufsehen erregt, weil es Verbrechen der polnischen Kommunisten, der Nationalsozialisten, aber auch Vertriebungsverbrechen an Deutschen oder z.B. die Ermordung von Juden durch Polen in Jedwabne schonungslos aufklärte. Den in Warschau regierenden Postkommunisten war diese Einrichtung schon lange ein Dorn im Auge. Nun wird das IPN voraussichtlich nicht mehr die finanziellen Mittel erhalten, die es benötigt, um alle seine gesetzlich festgelegten Aufgaben zu erfüllen.

Das 1999 gegründete Institut dient gleichzeitig der historischen Erforschung und der strafrechtlichen Aufarbeitung von nationalsozialistischen und kommunistischen Verbrechen in Polen. Zudem soll es Opfern die Einsichtnahme in Akten ermöglichen, welche die kommunistischen Dienste über sie angelegt hatten. Die Staatsanwälte des IPN haben das

Recht, selbst Anklage zu erheben.

Kurz vor Jahresende hat nun das polnische Parlament mit den Stimmen der regierenden Parteien, des Demokratischen Linksbündnis (SLD) und der Bauernpartei (PSL), aber auch der oppositionellen Selbstverteidigung des populistischen Bauernführers Lepper, das Budget des IPN drastisch gekürzt – um insgesamt 3,25 Millionen Euro.

Schon vor einem Jahr hatte die postkommunistische Regierung fünf Millionen Euro aus dem IPN-Budget gestrichen. So ist es kein Wunder, daß von den über 11 000 Stasi-Opfern, die einen Antrag auf Akteneinsicht stellten, erst 500 tatsächlich ihre Akte lesen konnten. Auch von den insgesamt fast 100 Kilometer Akten, die das Archiv des IPN von den früheren kommunistischen Diensten, der Armee und einigen Ministerien übernehmen soll, konnten bislang lediglich 35 Kilometer gesichtet werden. Für IPN-Direktor Leon Kieres ist völlig klar, was dieser neuerliche tiefe Einschnitt in die Finanzen des Instituts bedeutet: „Wir werden Mitarbeiter entlassen müssen – Historiker, Staatsanwälte und